

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. lüdd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizeigepaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 6. März.

Ueber die unbeschreiblich klägliche Haltung der preussischen Fortschrittspresse, die bekanntlich fortwährend im Namen der „großen liberalen Partei“ versichert, daß „das gesammte Volk hinter ihr stehe“, daß sie „auf dem Boden des Volkes stehe“ u. s. w., spricht sich sehr treffend der hiesige # Correspondent des „Deutschen Wochenblattes“ aus, indem er schreibt:

Charakteristisch ist die Haltung unserer Fortschrittspresse, die sich die Doppelaufgabe gesetzt hat, 1) die jämmerlich zugerichteten Kammer-Hallstasse zu Helden aufzupuffen, welche Wunder der Tapferkeit (von hinten) vollbracht hätten und 2) das Volk über den Ernst der Lage zu täuschen, seinem Zorn die Spitze abzubreaken. Kein Fortschrittsblatt, das mit Mut und Würde auf der Höhe des Augenblicks stände. Babel findet in seinem Leitartikel die Vertagung und Schließung unlogisch, ein Beweis, daß das Geschwebene und Geschwebende über den Horizont der Babel'schen Logik geht; in einem andern Drei-Spalter macht er die tröstliche Entdeckung, daß die „kleine Partei“, die jetzt in Preußen herrsche, sehr klein sei und sich nicht vergrößere. Der gute Fettdrucker merkt nicht, daß, je kleiner diese Partei, desto größer die Schande der „großen“ Fortschrittspartei, die sich so schwächlich von ihr hat klopfen lassen, so „brav vor ihr davongelassen.“ Bernstein sucht der Regierung einen Tort anzuthun, indem er die Ausöhnung Oesterreichs mit Ungarn als fait accompli (vollendete Thatsache) hinstellt. Die „Breit. Btg.“ sagt sich, dito, um der Regierung einen Tort anzuthun, „mit Schmerzen“, aber feierlich von der Annexionspolitik los, was sie natürlich nicht verhindert, falls die Annexionstreiben aufhören sollten, sauer zu sein, wieder mit Sach und Pack in's Bismarck'sche Lager zu rennen.

Wir denken, daß es nachgerade auch dem Einflüchtigsten klar sein muß, wie sich diese „große liberale Partei“ vor nichts mehr fürchtet, wie vor dem Volke und daß sie sich weit lieber von Oben mit Fußtritten tractiren läßt, als, Hand in Hand mit dem Volke, Ernst zu machen und dabei Gefahr zu laufen, daß endlich dieses auch sein Theil „Freiheit und Gleichheit“ reclamiren könnte.

Nur eine Thorheit wäre es daher vom Volke — dessen Kräfte noch vielfach zersplittert sind und das noch immer nicht genügend sein Klasseninteresse erkannt hat, während Jene, sobald dies in Frage kommt, geeinigt dastehen — eine Thorheit wäre es, jetzt, zur Unzeit und unabhiger Weise, sich für Leute zu erhitzen, die, sobald sie ihre materiellen Interessen bedroht sähen, sich sofort wieder mit der herrschenden Gewalt gegen das Volk verbünden würden.

Daß ein Klassenkampf überhaupt vermieden werde — wer muß dies nicht auf's Lebhafteste wünschen! Verhindert aber kann er nur werden, durch die Einsicht derjenigen, die zur Zeit über Nacht und Besitz verfügen, von der Erkenntniß ihrerseits, daß Pflicht und Vortheil ihnen gebieten, den Weg

der radicalen Reform auf politischem und socialem Gebiete mit Ernst und Ausdauer zu betreten und zu verfolgen.

## Deutschland.

\* Berlin, 5. März. [Zur Elbherzogthümerfrage] schreibt die „liberale Correspondenz“: Die Erklärungen der Landesregierung und des Statthalters in Holstein sind ohne Zweifel erst ergangen, nachdem sie in Wien ihre Zustimmung gefunden hatten. Sie sind deshalb als die Grundlage der Politik zu betrachten, zu der sich das Wiener Ministerium für die weiteren Verhandlungen mit Preußen in der schleswig-holsteinischen Sache entschlossen hat und zu der es wahrscheinlich schon in dem Augenblicke entschlossen gewesen ist, als es den Gasteiner Vertrag unterzeichnet hat. Diese Politik ist keine andere, als: die Befriedigung der holsteinischen Frage als Bundesfrage zu behandeln, die der schleswigischen aber als eine europäische. Oesterreich zieht sich also als Besizer Holsteins auf den deutschen Bund zurück, während es Preußen mit Herrn von Manteuffel in Schleswig einem europäischen Congreß gegenüber stellt, auf dem Preußen ganz isolirt stehen wird. Die Rückkehr des Herrn von Manteuffel nach Schleswig und das Nichttreten in eine Action Seitens Preußens betrachtet man in Holstein als ein Zeichen, daß sich Preußen nicht auf das Aeußerste diesem Bundeswege widersehen, d. h. daß Herr v. Bismarck mehr oder weniger auf seine Politik verzichten werde.

Das hiesige also: „Der Starke weicht muthig zurück.“ Indessen scheinen uns die Raisonnements der „lib. Correspondenz“ etwas sanguinischer Natur zu sein. So, wie die „lib. Correspondenz“ meint, steht die Sache noch lange nicht.

Der Wahrheit näher mag kommen, was man dem Wiener „Vaterland“ von hier über das Resultat des jüngsten Minister-Conseils schreibt:

Die Politik und das zur Lösung der Herzogthümerfrage aufgestellte Programm des Grafen Bismarck sind vollständig acceptirt worden und zwar auch vom Kronprinzen und vom General v. Manteuffel; dasselbe (das Programm) enthält indeß nichts von irgendwelchem Abbruch der Verhandlungen mit Oesterreich, sondern ist vielmehr darauf gerichtet, diese Verhandlungen in eine neue Phase zu lenken, zunächst zum Zwecke der Herstellung eines neuen Provisoriums. Das Programm des Grafen Bismarck saßt die getrennte Verwaltung der Herzogthümer als ein großes Uebel auf; es wagt das Condominat und die gemeinsame Disposition beider Großmächte über die Herzogthümer in entschiedenster Form, unterläßt jede Forderung einer Annexion oder Personal-Union der Herzogthümer zu Gunsten Preußens, schlägt aber im conservativen Interesse und zur Befriedigung der in den Herzogthümern bestehenden Parteipalangen vor, daß provisorisch die Verwaltung aus Holsteins an preussische Organe übertragen werde. In Bezug auf die Herstellung des Definitivums soll es unserer Regierung genau formulierte Garantien bieten.

Falls das Wiener Kabinet darauf einginge, was übrigens einer vollständigen Verzichtleistung auf jede auswärtige Politik gleichkäme, ständen für Preußen die Chancen sehr günstig. Denn einmal in Holstein, würde es freiwillig nicht wieder heraus gehen.

Aus sonst glaubwürdiger Quelle erfahren wir, daß das österreichische Kabinet seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben habe, auf die preussischen Anerbietungen einer Geldentschädigung für die Uebertragung der Condominatsrechte in den Herzogthümern eingehen zu wollen und daß schon in den nächsten Tagen Fürst Plothenstein darüber erwartet werde, um über die näheren Modalitäten eines Vergleichs auf solcher Basis zu unterhandeln.

[Den bekannten Herrn Hugo Weise betreffend], der heute in fortschrittlichem, morgen in officiösem Solde arbeitet, schreibt der betreffende hiesige Correspondent des „Deutschen Wochenblattes“: Zum Schluß mit Herrn Hugo Weise ein Wortchen. Ich bezeichnete ihn als Verfasser (Schreiber) der anonymen Endelschrift gegen die „social-demokratische Partei.“ Er vermag nicht, es direct abzuleugnen.

Ich bezeichnete ihn als Mitarbeiter an der officiösen Kammer-Correspondenz. Er leugnet bloß, daß die bezügliche Correspondenz officiös sei. Mit dem gleichen Recht leugnete Braß von Zeit zu Zeit den officiösen Charakter der „Norddeutschen.“ Da ich Wiederholungen nicht liebe, verweise ich auf die Erklärung des Herrn Angerstein.

Ich sagte, Herr Weise sei um einer Differenz von 10 Tblrn. willen von der liberalen Angerstein-Steinigen zur officiösen Correspondenz übergegangen. Er leugnet es. Ich verweise wiederum auf die Erklärung Angerstein's.

Ich nannte den Weisse Mitglied der Burschenschaft Brandenburgia. Er behauptet mich, daß er ihr Ehrenmitglied sei. Um so mehr ist es Ehrensache für die Burschenschaftler, sich seiner zu entledigen.

Ich nannte ihn Sekretär des Schulze'schen Vereins für das Studium der Nationalökonomie. Er behauptet mich, daß er Präsident jenes Vereins sei. Das ist für jetzt auch richtig, er ist nämlich, seit ich die betreffende Notiz geschrieben, vom Sekretär zum Präsidenten vorgeschritten. Er behauptet mich ferner, besagter Verein sei kein „Schulze'scher“, er (Weisse), lenne keine Schulze'sche Nationalökonomie.“ Ich antworte nicht. Das beweist aber bloß, daß, was in jenem Verein angebracht wird, keine Nationalökonomie ist.

Zu guter Letzt für Herrn Hugo Weise die Notiz und das offene Geständniß, daß ich, an Kämpfe mit höherem Bild gewöhnt, die Insektenjagd nicht liebe, und es bloß wegen seines Verhältnisses zu Schulze (dem von Delisch) der Mühe werth gehalten habe, ihn an den Pranger zu stellen. Und nun wache ich mir die Hände.

Herr Angerstein weist Herrn Hugo Weise nach, daß er dreifach gelogen, hauptsächlich, daß er sehr wohl gewußt hat, für welche Kammer-Correspondenz er sich anwerben ließ. Herrn Weise scheinen demnach die Adjutantendienste bei Herrn Schulze-Delisch sehr übel zu bekommen.

[Preussische Preß-Schicksale.] Confiscirt: die Brieger „Oderitz“ vom 3. März. Freigegeben: die „Preuß.-Lith. Btg.“ vom 4. Februar nach vier Wochen. „Sie ist“, meldet die Redaction, „heute in Begleitung eines Polizeibeamten von ihrem Ausfluge nach der Staatsanwaltschaft glücklich in ihre Heimath, unsere Druckerei, zurückgekehrt.“ — Wo diese Nummer gewesen, und welche Schicksale sie bis zum heutigen Tage erfahren, haben wir diesmal eben so wenig erfahren, wie in mehreren früheren ähnlichen Fällen.“ Die Beschlagnahme erfolgte wegen

eines Artikels über den Obertribunalsbeschluss. — Dem Redacteur des „Königsb. Schulblattes“ ist jetzt in Bezug auf seine von der Polizei schon nach dem Urtheil erster Instanz in's Werk gesetzte Concessionsentscheidung folgende Verfügung eingehängt worden: „Auf die Eingabe vom 21. v. M. eröffnen wir Ihnen, daß die Beschwerde über die Verfügungen des königlichen Polizei-Präsidentiums vom 16., 19. u. 20. v. M., betreffend die Androhung und Festsetzung einer Exekutionstrafe durch die von Ihnen angebrachte Appellation, ihre Erledigung gefunden hat. Wegen Niederlegung der festgesetzten Exekutionstrafen wird das Polizei-Präsidentium Sie beschreiben. Königsberg, 8. Februar 1866. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern. Schrader.“ — Aus der Haft entlassen wurde der des Verbrechens der Hochverrätherie und Majestätsbeleidigung angeklagt und deshalb, wie wir berichtet, plötzlich verhaftete Redacteur der „Königsb. Neuen Zig.“ Die „Preuß. Litt. Zig.“ berichtet darüber unter dem 3. d. M. wie folgt: Nachdem der Redacteur Stobbe die erste Nacht im Kerker den Schlaf des Gerechten geschlafen, wurde er Freitag früh vor den Untersuchungsrichter geführt, der ihm eröffnete, die Staatsanwaltschaft habe wegen des Artikels: „Was nun?“ aus Nr. 49 der „Königsb. Neuen Zig.“ Anklage erhoben und finde darin den Thatbestand der §§. 65, 75, 101 und 102 des Strafgesetzbuches. §. 65 lautet: „Wer öffentlich durch Rede oder Schrift zur Ausführung einer Handlung auffordert, welche als hochverrätherisches Unternehmen zu bestrafen wäre, soll mit zwei- bis zehnjährigem Zuchthaus bestraft werden.“ Die übrigen Paragraphen sehen Gefängnisstrafen fest. Nach diesen unerfreulichen Mittheilungen gieng es wieder in den Kerker, und trat auf Befehl des Präsidenten Zweigert die Behandlung ein, die einem angehenden Hochverräther gebührt. Der Gebrauch von Schreibmaterialien wurde untersagt und ferner angeordnet, daß Herr Stobbe Besuche nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters annehmen dürfe und Gefängnisloft erhalten solle. Ueber die Frage: ob die Beschlagnahme der Nr. 49 zu bestätigen, die Untersuchung auf Hochverrath einzuleiten und die Haft fortzusetzen, mußte innerhalb 24 Stunden vom königlichen Stadtgericht entschieden werden, und hatte darüber eine aus den Herren Zweigert, Irmler und Korch bestehende Deputation zu befinden. Die Deputation fand, was Hochverrath und Majestätsbeleidigung betrifft, Herrn Stobbe rein und lauter; nur eine Mißverleumdung wurde im Artikel gefunden und daher die Beschlagnahme aufrecht erhalten; über die Arrestangelegenheit sollte die königl. Staatsanwaltschaft einen motivirten Bericht einreichen. Sobald derselbe eingegangen, trat die Deputation noch Abends zusammen, fand darin aber keine Veranlassung, von der ersten Auffassung abzugehen, und dekretirte die Freilassung Stobbe's, die um 8 Uhr Abends erfolgte.

\* **Wien, 4. März.** [Goluchowski. Tür- lische Intervention in den Donaufürstenthümern. Das königliche Reskript auf die Adresse Elbherzogthümerfrage.] Ein Gerücht von der Ernennung des Grafen Goluchowski zum Minister ohne Portfeuille erhält sich. — Das neue Fremdenblatt enthält folgende Depesche aus Konstantinopel: „Die Pforte wird die Ermächtigung nachsuchen, in den Donaufürstenthümern zu interveniren wegen der Parteistreitigkeiten, welche dort bestehen. Sie wird dieses Gesuch auf die Pariser Verträge stützen. Eine hinlängliche Truppenmacht wird binnen acht Tagen in Widwin, Rustschuk und Silistria zusammengezogen werden.“ — Das königliche Reskript auf die Adresse wurde heute in beiden Häusern des Landtages verlesen. Das Abendblatt des „Lloyd“ bringt folgende Analyse des Reskripts:

Der Kaiser habe die Versicherungen der Anhänglichkeit huldvoll entgegengenommen, und wolle im Vertrauen zur Nation rückhaltlos seine Ansichten über die von der Adresse berührten Gegenstände ansprechen. Die pragmatische Sanction habe die Verbindung zwischen der Ungarischen Krone und den Erbländern bekräftigt, die Verbindung selbst sei 200 Jahre vor der pragmatischen Sanction erfolgt und durch die Gemeinsamkeit der Interessen und der Verteidigung herbeigeführt. Die Gemeinschaftlichkeit der Wohlfahrt Ungarns mit den übrigen Ländern wird hervorgehoben. Es sei wichtig, daß auch die Gesetze mit den Bedingungen dieser Wohlfahrt nicht im Widerspruch stehen und nöthigenfalls abgeändert werden. Der Kaiser wolle die Verfassung Ungarns wiederherstellen, doch dürfe dabei nichts in der Schwere bleiben, was das Wohl der Völker und die Macht der Monarchie bedinge. Er sei erfreut, daß der Landtag bereitwillig auf die Frage der gemeinsamen Angelegenheiten eingegangen sei. Bei Regelung derselben müsse berücksichtigt werden, daß nun auch die außerungarischen Länder sich konstitutioneller Einrichtungen erfreuen. Er fordere nicht, daß darum Ungarn seine Verfassung aufopere, sei aber überzeugt, daß eine eingehende Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten die Nothwendigkeit

einer Revision der 1848. Gesetze darthun werde. Der Kaiser weist insbesondere auf die Gesetzeartikel 2, 3 u. 4 hin, welche die Rechte des Herrschers mehrfach verlegen. Er könne namentlich nicht zugeben, daß der Palatin der mit so großen Vollmachten ausgestattete Stellvertreter des Königs sei, und daß der Landtag vor der Budgetbewilligung nicht aufgelöst werden dürfe. Er hoffe, daß der Landtag bereit sei, diese Beeinträchtigung der Rechte des Herrschers zu beseitigen.

Die Schwierigkeiten einer unverweilten Wiederherstellung der Municipien werden erörtert. Der auf die Nationalgarde bezügliche Gesetzeartikel müsse gestrichen werden, weil diese Institution das Volk belaste, ohne die Zwecke der Sicherheit zu fördern. Auch die übrigen Artikel der 1848er Gesetze seien einer genauen Revision zu unterziehen. Dieselben trügen den Charakter der Improvisation. Der Kaiser hält demnach die Wiederherstellung derselben aus Grund der Rechtskontinuität mit dem Verufe des fürstlichen Amtes für unvereinbar. Die praktische Ausführung der Rechtskontinuität sei nur in sofern möglich, als künftig die Schaffung von Gesetzen auf Grund landtäglicher Vereinbarung geschehe. Die Geschichte beweise, daß man unter ähnlichen Verhältnissen ähnlich vorgegangen sei. Auf diese Weise könne ein Ausgleich zu Stande kommen. Erfüllt von den Schwierigkeiten des fürstlichen Berufes, fühle der Kaiser die Wichtigkeit des Krönungsbeides und weigere sich deshalb, zu bestätigen, was zu beschwören Glauben und Gewissen ihm verbieten. Nach der Krönung werde er sich freuen, das edelste der Rechte eines Fürsten ohne Gefährdung der Sicherheit ausüben zu können. Bezüglich der erbetenen Integrität des Landtages solle das Resultat der Beratungen des Kroatischen Landtages über das Reskript vom 27. Februar abgewartet werden. Er erkenne es als eine Sache der Gerechtigkeit an, die berechtigten Ansprüche der Nationalitäten und Konfessionen zu befriedigen und werde diesfallsige Bemühungen bereitwillig unterstützen. Er werde es als einen der schönsten Momente seiner Regierungszeit betrachten, wenn er werde sagen dürfe, daß er das Glück und das Wohl Ungarns gesichert habe.

Montag wird beschlossen werden, wann das Reskript auf die Tagesordnung zu setzen sei. — Die „Wiener Abendpost“ versichert gegenüber den vielfach verbreiteten Gerüchten über eine angeblich hier angelangte neuerliche Eröffnung des Preussischen Kabinet's in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit, daß eine solche Eröffnung der kaiserlichen Regierung nicht zugegangen sei.

### Ausland.

\* **Paris, 4. März.** [Tagesbericht: Mexiko. Der kaiserliche Prinz. Rouher und Glais-Bizoin. Erzieher des Prinzen. Amerikanische Journale.] Der Kaiser Napoleon scheint in seinen Verhandlungen mit dem Kaiser Max zu einem Abschnitte gelangt zu sein, der jedoch wohl schwerlich ein Abschluß zu nennen ist. In den nächsten Tagen geht ein Ordonnanz-Offizier des Kaisers, Herr Duperré, in specieller Mission nach Mexiko. Baron Saillard wird daselbst am 20. Febr. angelangt sein, und man erwartet, laut der „France“, das Ergebniß seiner Sendung bis Ende dieses Monats in Paris zu haben. — Der kaiserliche Prinz ist erkrankt, als man Anfangs zugehen wollte. Eigentliche Gefahr für dessen Leben ist jedoch bis jetzt nicht vorhanden. — Der Staatsminister Rouher hat versucht, nachdem sein taktloses Auftreten gegen Glais-Bizoin nicht allein den Unwillen der sonst so gefälligen Majorität, sondern auch den seines Herrn und Meisters herausbeschworen, dem Deputirten durch eine specielle Einladung versöhnlich entgegenzukommen, die er ihm zu dem sälligen Wochendiner zugeben ließ, das er zu geben pflegt. Glais-Bizoin antwortete, daß, nachdem was vorgefallen, es ihm unmöglich sei, am Tische des Herrn Staatsministers zu essen, ja er soll ihm sogar zur Antwort auf die Einladung eine Forderung geschildet haben. — Der fromme Pfarrer an der Madelaine-Kirche, Herr Duguerny, der sich gleichfalls der besonderen Gunst Eugeniens erfreut, ist zum Erzieher des jungen Prinzen ausersuchen und soll durch Erhebung in den Senatorenstand und durch Ernennung zum Bischof zu jener Würde noch tauglicher gemacht werden. — Gestern wurden die sämmtlichen Amerikanischen Journale auf der Post zurückgehalten.

— 5. März. [Graf v. d. Solz. Der kaiserliche Prinz. Truppen aus Rom.] Der preussische Botschafter beim hiesigen Hofe, Graf v. d. Solz, ist hier wieder eingetroffen. — Die „Patrie“ berichtet, daß das Befinden des

kaiserlichen Prinzen fortdauernd befriedigend sei. — Der „Gazette de France“ zufolge wird das 51. und das 71. Infanterie-Regiment im Laufe des Monats April Rom verlassen und nach Frankreich heimkehren.

**London, 3. März.** [Reformbill. Mazzini.] In St. Martins-Hall wurde gestern Abend eine Reformversammlung abgehalten, um die dort von der Conferenz beschlossene Resolution zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts aller angeessenen erwachsenen Männer und der geheimen Abstimmung anzunehmen, da dieses die einzig gesunde Grundlage aller rechten Vertretung und Selbstregierung und in völliger Uebereinstimmung mit dem Geiste der britischen Constitution sei, daher auch allein das Haus der Gemeinen nicht bloß dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit zum Hause der Gemeinen des Vereinigten Königreiches machen könne. Es wurde zugleich beschlossen, eine Abschrift der Resolution an Lord Russell und Herrn Gladstone zu senden. — Die englischen Freunde Mazzini's wollten, als sie den vom Rathe des Progressivenvereins von Faenza aus an das Volk von Italien erlassenen Aufruf lasen, an der für den verbannten Patrioten eröffneten nationalen Subscription Theil nehmen. Von mehreren hundert Subscribenten ist eine Summe von 521 £. in die Hände ihres Casstrers, des Parlamentsmitgliedes Hrn. P. A. Taylor, zu diesem Zwecke niedergelegt worden. In ihrer Adresse an den italienischen Verein sagen die englischen Subscribenten:

Denen, welche Mazzini während seines langjährigen Exils unter uns gekannt haben, war er eine Quelle beständiger Begeisterung. Trotz allen Misserfolgen, allen Enttäuschungen, während er unter den Verfolgungen der Feinde, der Halbheit der Freunde litt, stand er unerschütterlich, hoffnungsvoll, ermutigend, eine feste Stütze, ein Birge ewlichen Erfolges. Wir wünschen unsere Namen der langen Reihe seiner landsmännlichen Subscribenten hinzuzufügen als Zeugniß unseres ernstlichen Protestes gegen die Schmädhungen und verläumdenden Beschuldigungen des Mannes, ohne den nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit Italien noch für lange Zeiten weder frei noch eine Nation geworden sein würde.

\* **Bucharest, 3. März.** [Truppen sendung. Die Pforte. Candidaturen.] Die fürstliche Statthaltertschaft hat es für nothwendig erachtet, Truppen nach der Moldau zu senden. Für mehrere Distrikte sind außerordentliche Commissare ernannt worden, denen die Präfekten untergeordnet sind. Der Staatsrath ist neu gebildet. Zum Vicepräsidenten desselben ist John Floresco ernannt worden. — Die Pforte scheint am liebsten das frühere Verhältniß der getrennten Donau-Fürstenthümer mit zwei Hospodaren wiederhergestellt zu sehen, da die Vereinigung derselben unter dem Hospodarate Rusa's ohnehin nur für dessen Lebensdauer stipulirt war. Es ist jedoch kaum eine Aussicht, daß dies durchgeführt wird. Die Candidatur Bibesco's, des Vaters, Ex-Hospodars der Walachei, hat im Augenblick die meisten Chancen. Er ist begünstigt in Konstantinopel wie in Paris. Man spricht auch von dessen Bruder Stirbey, der gleichfalls früher Hospodar der Walachei war.

### Vereins-Heil.

**Barmen, 4. März.** (Allg. deutsch. Arb.-Ver- ein. Erwiderung) auf den Bericht in Nr. 52 des „Social-Demokrat“ über eine hier abgehaltene Versammlung der Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. Derselbe Bericht ist mit Entstellungen überhäuft, wie jedes anwesend gewesene und ehrlich gesinnte Mitglied bekennen wird. Deshalb ist es an der Zeit, den Verlauf dieser kuriosen Versammlung etwas wahrheitsgetreuer zu schildern, als es geschehen ist. Die Versammlung wurde eröffnet durch Herrn Kötter (beliebt unter dem Namen „provisorischer Bevollmächtigter“ um aber Irrthümern vorzubeugen muß bemerkt werden, daß wir nur einen definitiven Bevollmächtigten kennen). Darnach hat Aug. Lehrenberg jr., man möge einen Vorstehenden, sowie einen Schriftführer wählen, wurde aber durch Herrn Kötter in unliebsamen Ausdrücken abgewiesen, wodurch ein bedeutender Tumult entstand und dem Vorstehenden durch einige andere Mitglieder Vorwürfe gemacht wurden und fast die ganze Versammlung ihre Mißbilligung, Herrn Kötter gegenüber, zu erkennen gab. In dem Berichte war ebenfalls bemerkt, es wäre ihnen ein Haufen Leute zum Zweck der Störung zugesandt worden, dieses ist aber — unparteiisch geschrieben — eine